

# „Das muss drin sein!“: das zentrale Element der Strategie der LINKEN steht.

Die Ostkompetenz der LINKEN kann im Rahmen der Prekaritätskampagne eine wichtige Rolle spielen

von Stefan Hartmann, stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN. Sachsen

## Der Anfang

Bernd Riexinger hatte eine Idee. Das so zu sagen oder gar, wie hier, zu schreiben, ist in unserer Partei eher ungewöhnlich. Denn wenn nach langen, zähen und angemessen kontroversen Diskussionen in der LINKEN Beschlüsse gefasst werden, dann verschwinden häufig die Personen hinter den Gremien, also Parteitag, Vorständen oder Fraktionen. Im Falle der neuen Kampagne der LINKEN „Das muss drin sein!“ ist es aber angemessen, auf Bernd Riexingers grundlegenden Impuls für dieses Vorhaben zu verweisen. Also: Bernd Riexinger hatte eine Idee, eine Idee, die aus seiner langjährigen Erfahrung als Gewerkschafter im wirtschaftlich sehr solide aufgestellten Bundesland Baden-Württemberg erwachsen ist. Zum ersten Mal hatte ich die Gelegenheit, an der Entwicklung dieser Idee teilzuhaben, als Bernd nach seiner ersten Wahl zum Parteivorsitzenden 2012 auf Tour durch die Landes- und Kreisverbände ging. Nach einer Diskussionsveranstaltung mit der Oberbürgermeisterin von Borna, Simone Luedtcke, saßen wir noch mit einigen GenossInnen und Bieren in einer Kneipe. Da erzählte Bernd von seinem Eindruck, dass es schon ziemlich schwer ist, irgendeine Resonanz oder gar eine positive Resonanz als LINKER von den dort arbeitenden Werkträgern zu erhalten, wenn man in BaWü zum Beispiel vor den Werkstoren der großen Automobilunternehmen steht. Schon allein das ist ja eine nicht ganz leichte Einsicht für einige von uns LINKEN, nämlich zu erkennen, dass erhebliche Teile (wenigstens des westdeutschen) Industrieproletariats - und dazu gehören die Autobauer - eine uns derzeit politisch eher ferne Bevölkerungsgruppe darstellen. Aber schon in dieser Bornaer Kneipe machte Bernd eine andere Perspektive auf. Er sprach von den vielen im Dienstleistungssektor Tätigen, von den Erzieherinnen, von Pflegern und Krankenschwestern. Und davon, wie ... beschissen deren Arbeitsbedingungen und Löhne oftmals sind. Und das eigentlich bei denen unsere linke Politik der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit besser ankommen müsste. Und dass das eine allemal wachsende Gruppe sei. Und noch mehr, nämlich dass Werkverträge und Leiharbeit zerstörend wirken: nicht nur im Bereich der Arbeit, sondern auch dahingehend, ob mensch überhaupt noch in der Lage ist, ein gutes Leben zu führen, eine Familie zu gründen usw. Das war vor fast drei Jahren.

Klar ist, dass dies keine so grundlegend neuen Gedanken sind, dass sie bisher keiner gedacht hat. Da aber dran zu bleiben, im Parteivorstand darüber zu diskutieren, zu streiten, Kritik einzustecken und darauf konstruktiv zu reagieren - das ist das wirklich spannende. Denn zum 1. Mai startete DIE LINKE ihre strategisch zentrale Kampagne „Das muss drin sein!“ Mit der Kampagne "Das muss drin sein." hat sich DIE LINKE viel vorgenommen: prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen sollen thematisiert und bekämpft werden und zwar nicht für ein paar Wochen und Monate, sondern vorläufig bis zu den Bundestagswahlen 2017 und ggf. auch darüber hinaus. Die Entwicklung und der Start dieser Kampagne ist auch eine Reaktion des Parteivorstandes auf die Probleme der LINKEN in den vergangenen Jahren bei Landtags- und Bundestagswahlen der vergangenen Jahre. Die bekannten Schwerpunkte der Kampagne:

1. Befristung und Leiharbeit stoppen. (...)
2. Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV. (...)

3. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. (...)
4. Wohnung und Energie bezahlbar machen. (...)
5. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. (...)

liegen unmittelbar im Kernbereich der linken Kompetenzfelder, also da, wo es um die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und die Ermöglichung sozialer Sicherheit geht.

Damit verbunden ist der Versuch, Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die immer mehr aus der politischen Repräsentanz in der bundesrepublikanischen Demokratie herausfallen.

Der vormalige Leiter des Büros des Bürgermeisters von Berlin und langjährige Chef des Bereichs Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstandes der Partei DIE LINKE Horst Kahrs hat sich zu diesem Thema in mehreren Publikationen geäußert. Im „Prager Frühling“ vom Februar 2015 führt er dazu aus: „Mittlerweile gilt es in der deutschen Wahlforschung als gesichertes Erkenntnis, dass die Wahlbeteiligung in allen sozialen Schichten sinkt, vor allem aber entlang der Linien Einkommen und Bildung. Entscheidend sind dabei die soziale Herkunft und die Nachbarschaft, alles Faktoren, die auf generationenübergreifendes und kollektives Verhalten schließen lassen. Zuletzt hat Armin Schäfer nachgewiesen, dass es unter Arbeiter\_innen (...) noch ein Klassenwahlverhalten gibt: „Wie man wählt, hängt weniger eng mit der Klassenlage als in der Vergangenheit zusammen, aber ob man wählt dafür umso stärker.“ Die Ursachen und Facetten dessen sind vielfältig, jedoch auch in folgendem zu finden „Ein weiterer Teil der niedrigen Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen steht offensichtlich in engem Zusammenhang mit der Bedeutung, die diesen Wahlen zugemessen wird. Diese Gruppe von Nichtwählern wäre über die Bedeutung der Wahl – und sei es bei neuen Parteien in der Bedeutung als Protestwahl – zu erreichen“, so Kahrs in seinem grundlegenden Papier „Wahlenthaltung als Klassenverhalten“.

Und darin liegt die notwendige Verbindung der Kampagne der Bundespartei zur Landesebene, für uns in Sachsen. Denn es ist klar zu erkennen, dass die „Bedeutung“ einer Wahl von den Wählerinnen vom Bund über das Land bis hin zu Kommune als abnehmend betrachtet wird, und dies insbesondere in der beschriebenen Gruppe. Daher ist das für uns spannende Element der Strategie der Bundespartei darin zu finden, zu zeigen, dass es einen Unterschied macht, DIE LINKE auf allen Ebenen zu wählen oder eben nicht, dass es eine Bedeutung für die unmittelbaren Lebensumstände hat, ob eine LINKE als starke Opposition oder eben nicht im Parlament ist, dass es einen Unterschied macht, ob linke Vorschläge umgesetzt werden oder nicht. Bedeutung kann DIE LINKE für Menschen in unsicheren (prekären) Arbeits- und Lebensbedingungen nur dann gewinnen, wenn wir uns klar für deren Interessen einsetzen und die Verbesserung dieser Arbeits- und Lebensbedingungen auch für uns von Bedeutung ist, wir das also wirklich wollen und konsequent anstreben. Dieses zu bohrende Brett ist jedoch ein sehr dickes und hartes. Antje Feiks und Thomas Dudzak haben in ihrem Papier „Dorthin, wo es richtig weh tut“ einige Probleme aufgezeigt, die wir dabei haben. Und es ist auch nicht garantiert, dass wir mit diesem Unterfangen Erfolg haben werden, wenigstens nicht kurzfristig. Aber in einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, wie sie die gegenwärtige BRD darstellt, muss die Interessenvertretung insbesondere derer, die ganz an den Rand oder über diesen hinaus gedrängt werden, eine strategische Kernaufgabe für eine linke Partei sein. Darauf haben konsequenterweise Rico Gebhardt und Sebastian Scheel in ihren Überlegungen „Sicher sozial. Sicher solidarisch.“ nachhaltig aufmerksam gemacht. Schließlich weisen Gebhardt und Scheel auf ein wesentliches Argument hin: „Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte lassen immer stärker erkennen, dass dieses Land zu einer sogenannten „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ wird bzw. schon ist. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung hat immer weniger Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen.

Dies betrifft bei Weitem nicht nur gute Arbeit. Verbunden sind mit damit ebenso der Ausschluss aus demokratischen Beteiligungsprozessen, die Bedrohung durch Armut in all ihren Spielarten,

extremer Mangel an Bildungsmöglichkeiten und vieles mehr. Insbesondere der Osten Deutschlands - also die neuen Bundesländer - ist von diesen Problemen betroffen.“

### **Das muss drin sein - auch im Osten**

Denn bei genauer Analyse wird deutlich, dass (fast) alle Probleme, die die Kampagne „Das muss drin sein!“ umfasst, in den neuen Bundesländern in besonderer Schärfe existieren. Unsichere Arbeits- und Lebensbedingungen, niedrige Löhne, hohe Arbeitslosigkeit und vieles mehr sind seit langem Alltag für sehr viele Menschen im Land. Auf die immer noch vorhandenen Differenzen zwischen Ost und West habe ich 2013 im ‚Neuen Deutschland‘ hingewiesen, meine gekürzte Argumentation dazu im Folgenden.

Für die neuen als auch für die alten Bundesländer kann übereinstimmend festgestellt werden, dass die Verhältnisse als kapitalistische, darüber hinaus in dessen neoliberaler Variante, gekennzeichnet sind.

Die Übereinstimmung endet jedoch in der Klassifizierung, die Unterschiede werden bei genauem Hinsehen sehr deutlich. Deshalb eine Reihe von sozialökonomischen Fakten, die beliebig verlängert werden kann. Sicher sind diese für die meisten weder neu noch überraschend. Zugleich würde eine Auswahl einzelner Regionen auch zeigen, dass der Westen nicht das Land ist, in dem für alle Milch und Honig fließen, sondern die Unterschiede erheblich sind. Allerdings ergeben die folgenden Zahlen ein sehr eindeutiges Bild.

Im Juli 2012 wurde in Ostdeutschland eine Arbeitslosenquote von 10,3 % gemeldet, in den alten Bundesländern eine Quote von 5,9 %.<sup>1</sup> In der Frage der Höhe der Gehälter kehrt sich der ostdeutsche „Vorsprung“ um: „Insgesamt fallen die effektiven Bruttoverdienste daher im Osten um 17 Prozent niedriger aus als im Westen.“<sup>2</sup> Wie sieht es im Bereich der Rente aus? „Der Rückgang der Anwartschaften ist bei Männern in den neuen Bundesländern besonders ausgeprägt: Während Männer in den alten Bundesländern und Frauen insgesamt zumindest bis 1998 konstante bzw. steigende Entgeltpunkte verzeichneten, sind die Rentenansprüche der Männer in den neuen Bundesländern seit 1993 gesunken.“<sup>3</sup> Darüber hinaus, als logische Konsequenz der Einkommenssituation in den letzten zwanzig Jahren gilt folgendes: „Der Anteil der von Abschlägen betroffenen Neurentner steigt im Untersuchungszeitraum insbesondere in den neuen Bundesländern tendenziell an. Rund 60% der Neurentner bzw. fast 80% der Neurentnerinnen in Ostdeutschland sind im Jahr 2008 von rentenmindernden Abschlägen betroffen; in den alten Bundesländern sind es rund 40%.“<sup>4</sup> Etwas anders ist dies bei den Mieten. Hier ist es so, dass zwischen 1996 und 2006 eine Angleichung stattgefunden hat. Im Westen werden 27,9 %, im Osten 26,9% des Haushaltsnettoeinkommens für Miete ausgegeben.<sup>5</sup> Die Zeit der *relativ* geringen Mieten im Osten ist vorbei.

Die Vergleiche zwischen Ost und West können beliebig weiter fortgesetzt werden. Dies insbesondere im Bereich der volkswirtschaftlichen Daten, der öffentlichen Finanzen oder der entsprechenden demographischen Entwicklung. Das durch diese vier Beispiele gegebene Bild wird nur noch weiter verstärkt<sup>6</sup>. Die benennbaren Ausnahmen sind sehr dünn gesät. Auch ein eventuell

---

<sup>1</sup> <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Ost-West-Nav.html>

<sup>2</sup> [http://www.boeckler.de/28607\\_38010.htm](http://www.boeckler.de/28607_38010.htm)

<sup>3</sup> Informationsdienst Soziale Indikatoren 43/2010

<sup>4</sup> ebenda

<sup>5</sup> Quelle: Datenreport 2008, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland; Statistisches Bundesamt

<sup>6</sup> Bei Interesse kann unter anderem in den hier angegebenen Quellen nachgelesen werden, dass

vermutbarer Angleichungsprozess im Bereich der sozialökonomischen Fakten lässt sich kaum feststellen, lediglich das Wohnen kann benannt werden als einer „der wenigen Lebensbereiche, in dem sowohl hinsichtlich objektiver wie subjektiver wohnrelevanter Indikatoren in Ostdeutschland eine nahezu vollständige Angleichung der Lebensverhältnisse in den letzten 20 Jahren an westdeutsche Vergleichswerte erfolgte.“<sup>7</sup>

Um nicht missverstanden zu werden: Es geht hier nicht um eine Neiddebatte, es geht nicht ums Jammern und es geht erst Recht nicht um eine Spaltung zwischen den vom neoliberalen Kapitalismus immer stärker ausgebeuteten Menschen in Ost und West. Vielmehr soll gezeigt werden, dass die gesellschaftliche Situation im Osten seit zwanzig Jahren insgesamt deutlich zugespitzter ist und dies auch absehbar nicht besser wird. (...)

Die hier auf Grund der überdeutlichen Sichtbarkeit nur angedeutete Faktenlage ermöglicht die Aussage, dass die neuen Bundesländer nun seit zwei Jahrzehnten unter Bedingungen existieren, die einer sozialen und ökonomischen Dauerkrisensituation gleichkommen. Eine Reaktion in Form einer verstärkten gesellschaftspolitischen (Selbst-)Organisation ist nicht feststellbar, es findet eher das Gegenteil statt. Zum Beispiel sank Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern unter den Beschäftigten im Osten deutlich stärker als im Westen. Noch 1992 waren fast 40% der ostdeutschen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert und damit 11% mehr als in den alten Bundesländern. Anderthalb Jahrzehnte später hat sich diese Zahl mehr als halbiert und liegt mit 19,2% nur noch ein Prozent über den westdeutschen Werten.<sup>8</sup>

Allerdings ist dennoch ein Reagieren auf die ostdeutsche Dauerkrisensituation feststellbar, die erhebliche Auswirkungen nach sich zieht: die Abstimmung mit den Füßen, also die Abwanderung aus den sozial-ökonomisch benachteiligten Gebieten. Seit 1990 ist der Wanderungssaldo Ost-West für die neuen Bundesländer im negativen Bereich. Ca. 60% der Abwandernden sind jünger als 30, die Mehrheit ist weiblich.<sup>9</sup> An dieser allgemeinen Tendenz ändert sich nahezu nichts durch die wenigen „Zuwanderungsinseln“ im Osten.

## Wertvorstellungen

Selbstverständlich ist eine Statistik keine „objektive“ Widerspiegelung der Wirklichkeit. Nicht nur die Interpretation, sondern auch schon die Erstellung entsprechender Datensätze erfolgt unter einem spezifischen Blickwinkel, der die Ergebnisse prägt. Besonders schwierig wird dieses Problem, wenn es nicht mehr um ökonomische oder soziale Daten geht. Z.B. Befragungen zu Wertvorstellungen reflektieren nur selten die verschiedenen Interpretationen des Nachgefragten.

Dies vorausgesetzt ist dennoch die folgende Frage von Interesse: Ist „der Sozialismus im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde?“<sup>10</sup> Zwischen 1991 und 2006 stimmen, mit nur leicht sinkender Tendenz, dieser Frage im Osten im Schnitt 76% zu, im Westen, mit leicht steigender Tendenz, immerhin durchschnittlich 45 %. Das spannende daran liegt auf der Hand: Welche

---

beispielsweise zwischen Niedersachsen und Bayern oder Thüringen und Brandenburg Differenzen bestehen. Allerdings haben diese bei weitem nicht die Dimension des Ost-West-Vergleichs. Auch der „Inselvergleich“ einzelner Regionen kann diesen Eindruck nicht relativieren.

<sup>7</sup> Informationsdienst Soziale Indikatoren 43/2010

<sup>8</sup> vgl. Prof. Dr. Claus Schnabel; Organisationsgrade der Tarifparteien und Tarifbindung in Deutschland und im internationalen Vergleich; Vortrag beim Werkstattgespräch des SOFI zur Sozioökonomischen Berichterstattung in Göttingen am 25. März 2010

<sup>9</sup> vgl. unter anderem: <http://www.berlin-institut.org/?id=728> ,  
[http://aktuell.nationalatlas.de/West-Ost-Wanderung.8\\_08-2009.0.html](http://aktuell.nationalatlas.de/West-Ost-Wanderung.8_08-2009.0.html)

<sup>10</sup> Quelle auch für die folgenden Zahlen: Datenreport 2008, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland; Statistisches Bundesamt

Sozialismusinterpretation auch immer bei den Befragten vorliegt, als das medial oder politisch behauptete Monstrum wirkt „Sozialismus“ nicht. Zugleich ist aber eine Ost-West-Differenz zu erkennen, die erheblich ist. Insbesondere unter Beachtung der Tatsache, dass ein großer Teil der Menschen im Osten den „real existierenden Sozialismus“<sup>11</sup> unmittelbar oder aus Berichten nahe stehender Menschen erfahren hat, ist dies für demokratisch sozialistische Politik von Bedeutung. Die Diffamierung aktueller, sich selbstverständlich von „realsozialistischer“ deutlich unterscheidender linker Politik mittels des SED-Vorwurfs usw. wirkt anscheinend wenigstens nicht vollständig.

Da es an dieser Stelle nicht darum geht, weiter an der Konstruktion von „Wessi“ und „Ossi“ zu arbeiten und durch eine endlose Aneinanderreihung von Beispielen der Differenz den Eindruck zu erwecken, dass es sich um verschiedene „Ethnien“ oder ähnlichen Unsinn handelt, sei nur noch mal verwiesen auf die leicht nachzulesenden sowohl zahlreichen als auch umfänglichen Erhebungen und Studien auf diesem Gebiet.<sup>12</sup>

Allerdings gibt es für die feststellbaren Unterschiede eine materielle Basis, die unter anderem darin besteht, dass DDR und BRD über vierzig Jahre grundsätzlich verschiedene Gesellschaftsmodelle hatten. Die propagandistische Unwahrheit, das soziale, kulturelle, ökonomische, politische usw. Differenzen ethnisch/national nivelliert werden könnten, ist nun seit vielen Jahrzehnten als außerordentlich gefährlich erkannt. Schon Kaiser Wilhelm II. kannte seit 1914 nur noch Deutsche und forderte „die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und ...(ihm)... das in die Hand zu geloben“<sup>13</sup>

(...)

### **Identität und Diskriminierung**

Für die politische Artikulation der oben beschriebenen sozial-ökonomischen Probleme, die auf jeder Landkarte als drastische ost-westliche Farbunterschiede sichtbar werden, ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, ob und in welcher Art und Weise sich die Betroffenen damit identifizieren. Die Differenz zwischen der gesellschaftlich gegebenen Stellung von Menschen und deren Bewusstsein ist hinlänglich aus der Fragestellung nach der „Klasse an sich“ und „der Klasse für sich“ bekannt.

Die (wissenschaftliche) Literatur zum Thema „ostdeutsche Identität“ ist außerordentlich umfangreich. Wesentlich ist an dieser Stelle, inwieweit von einer ostdeutschen kollektiven Identität als „Selbstbildnisse, die die Mitglieder einer Gruppe oder eines Gebiets von sich selbst entworfen haben.“<sup>14</sup> ausgegangen werden kann. Für die in der DDR sozialisierten Menschen kann angenommen werden, dass es diese Identität gibt, insbesondere wenn man Dietrich Mühlberg darin folgt, dass die Zweistaatlichkeit „zwei deutsche Kulturen“<sup>15</sup> erzeugt hat. Raj Kollmorgen formuliert weitergehend: „Zusammenfassend lässt sich von einer *ostdeutschen Gegenlogik* sprechen, die die

---

<sup>11</sup> Erich Honecker, 9. Tagung des ZK der SED, 28./29. Mai 1973

<sup>12</sup> verschiedene der in diesem Text aufgeführten Quellen widmen sich ausführlich auch diesen Daten

<sup>13</sup> „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“ Aus: Kaiser Wilhelm II., Thronrede, 14.8.1914

<sup>14</sup> Robert Hettlage; „Identitätsmanagement“ in: WeltTrends Nr. 15, Sommer 1997

<sup>15</sup> vgl. Dietrich Mühlberg; „Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen“ in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 2/1999, S. 4/5.

dominierende exogene Top-down-Strategie fortschreitend *endogen* und *von unten* gebrochen, ergänzt und reformiert hat. Ihre Bedeutung ist seit Mitte der 1990er Jahre – nicht zuletzt im Kontext der Konsolidierung der neuen Länder und ihrer politischen und Zivilgesellschaften – deutlich gewachsen.“<sup>16</sup> Für die vor uns liegende Zeit wird es von erheblicher Bedeutung sein, inwieweit der sogenannten „3. Generation Ost“ und den ggf. darauf folgenden Generationen gelingt, was Johannes Staemmler in Bezug auf die Dauerhaftigkeit ostdeutscher Identität formuliert: „Wir wollen genau das Gegenteil: dass dieses Ost-West-Ding endlich aufhört, weil man wirklich miteinander ins Gespräch gekommen ist. Damit das passieren kann, muss man den Osten stärken, den Begriff von seinen vielen negativen Assoziationen befreien. Deshalb kämpfen wir um Begriffe und Interpretationen.“<sup>17</sup>

Die von Staemmler geforderte „Stärkung des Ostens“ ist allerdings keine ganz einfache Sache. Weder ökonomisch und sozial noch biographisch. Insbesondere durch das Thema des Zugangs zu gesellschaftlichen Spitzenpositionen wird die Fortdauer einer Diskriminierungssituation von Menschen mit ostdeutschem Geburtsort und Biographie deutlich. Dieser Zustand wird für den Bereich der Wissenschaft unverkennbar in den Worten des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Pirmin Stekeler-Weithofer: „Die Regel ist, dass ostdeutsche Kollegen in Westdeutschland bei westdeutschen Bewerbungen kaum oder null Chancen haben und in Ostdeutschland wenig. Selbst wenn sie an erster Stelle einer Berufungsliste sind, kann es dann sein, dass jemand interveniert und sagt, das jemand aus Ostdeutschland wollen wir nicht.“ Raj Kollmorgen fasst dieses Problem zusammen: "Wo es deutliche soziale Ungleichheiten gibt, ist der Bereich der Aufstiegschancen in unserer Gesellschaft, in der Besetzung von Elitepositionen. Hier sind die Ostdeutschen tatsächlich weiter Bürger zweiter Klasse. Ostdeutsche machen rund 18 Prozent der deutschen Bevölkerung aus, aber nur etwa 7,5 Prozent der deutschen Elite. ... Beispiel: Wirtschaft. Kein einziges DAX-Unternehmen wird von einem Ostdeutschen geführt. Nur selten findet sich überhaupt einer im Vorstand. ... Beispiel Wissenschaft. Von bundesweit 88 Hochschulrektoren sind nur drei aus Ostdeutschland. Und bei normalen Professoren ist das Verhältnis nicht viel besser.“<sup>18</sup> Diese Fakten lassen sich umfänglich weiter aufzählen. Und genau diese soziale Wirklichkeit spricht gegen die an Hand der Spitzenfunktionen von Merkel und Gauck aufgestellte kühne These, „das Ende des Ossi“<sup>19</sup> sei eingetreten. Genauso wenig die Kanzlerschaft von Merkel die Diskriminierung von Frauen oder Obamas Präsidentschaft die Rassendiskriminierung in den USA beseitigt hat, widerlegen einzelne Aufsteiger eine gesellschaftliche Erscheinung. Insbesondere DIE LINKE sollte an dieser Stelle der Versuchung widerstehen, von den sozialen Zusammenhängen abzusehen und der Losung, jeder sei seines Glückes Schmied, aufzusitzen.

### **Zusammenfassung**

DIE LINKE hat das Kernelement ihrer Strategie bis 2017, die Kampagne „Das muss drin sein!“ auf den Weg gebracht. Mit dieser Kampagne wendet sich DIE LINKE verstärkt jenen in der Gesellschaft zu, die am stärksten von den Auswirkungen neoliberaler Politik betroffen sind. Zugleich sind dies diejenigen, die immer weniger zu Wahlen gehen und dementsprechend immer schwächer repräsentiert werden.

Die Spaltung zwischen Ost und West der Bundesrepublik ist im Kern immer noch eine soziale Spaltung, darüber hinaus aber auch eine Spaltung im Bereich der Wertvorstellungen und belegbar

---

<sup>16</sup> Raj Kollmorgen, „Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation?“ in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 4/2009, S. 94

<sup>17</sup> <http://www.zeit.de/2012/32/jugend-ost-west>

<sup>18</sup> Fernsehsendung „Monitor“, Sendung 30.9.2010; „Elite made in Westdeutschland - Warum Ostdeutsche draußen bleiben“

<sup>19</sup> <http://www.zeit.de/2012/09/Ostdeutsche>

als herkunftsspezifische Diskriminierung. Diese Differenzen im Rahmen der „Das muss drin sein!“ Kampagne aufzugreifen und damit weiter auf die Ostkompetenz der LINKEN zu bauen, kann ein wirkungsvoller Beitrag der sächsischen und der anderen ostdeutschen LINKEN zur Stärkung der Partei und zur Interessenvertretung der Menschen im Land sein.